

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
(Einzelplan 09)

22 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stellt Förderprogramm Explo II ein

Kat. C
(Kapitel 0903 Titel 892 01)

22.0

Das BMWi ist der Empfehlung des Bundesrechnungshofes gefolgt und beendet das Förderprogramm „Verbesserung der Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit kritischen Rohstoffen (Explorationsförderung, Explo II)“. Für das Förderprogramm veranschlagte es für die Haushaltsjahre 2013 bis 2015 jeweils 7,5 Mio. Euro. Der Bundesrechnungshof stellte fest, dass kein Bedarf für die Förderung bestand. Ziele der Rohstoffstrategie wurden mit der Förderung nicht erreicht.

22.1

Die Bundesregierung veröffentlichte im Jahr 2010 zur Sicherung einer nachhaltigen Versorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen eine Strategie (Rohstoffstrategie). Das sind Rohstoffe wie Titan und Kobalt, deren künftige Versorgungslage als besonders kritisch eingeschätzt wird. Teil der Rohstoffstrategie ist die Förderung von Explorationsprojekten deutscher Unternehmen. Die „Richtlinie über die Gewährung von bedingt rückzahlbaren Zuwendungen zur Verbesserung der Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit kritischen Rohstoffen (Förderrichtlinie)“ regelt die Einzelheiten der Förderung. Sie trat Anfang 2013 in Kraft und ist bis Ende 2015 befristet.

Mit dem Förderprogramm verfolgte die Bundesregierung das Ziel, die bedarfsgerechte Versorgung der deutschen Industrie mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen zu unterstützen. Dabei kam Rohstoffen eine besondere Bedeutung zu, die von der EU-Kommission als kritisch identifiziert wurden. Förderfähig waren Explorationsprojekte von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsbetrieb in Deutschland, die im Inland über die notwendigen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eigene rohstoffwirtschaftliche Tätigkeiten verfügten. Die Förderquote war abhängig von der Unternehmensgröße im Sinne der EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen. In den Haushaltsjahren 2013 bis 2015 waren für das Förderprogramm jeweils 7,5 Mio. Euro veranschlagt. Die mittelfristige Finanzplanung sah Ende Januar 2015 jeweils 10 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 vor.

Der Bundesrechnungshof prüfte das Förderprogramm. Er stellte fest, dass bis Ende Januar 2015 Unternehmen 15 Förderanträge einreichten. Sechs dieser Anträge zogen die Unternehmen zurück, einen Antrag lehnte das BMWi ab. Es förderte fünf Projekte von vier Unternehmen. Drei der geförderten Unternehmen erfüllten die Voraussetzungen der Förderrichtlinie nicht. Diese Unternehmen verfügten nicht über die notwendigen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eigene rohstoffwirtschaftliche Tätigkeiten in Deutschland. Sie waren verbunden mit und beherrscht von Bergbauunternehmen mit Sitz im Ausland.

Die Mittelabflüsse lagen 2013 und 2014 bei rund 380 000 Euro und damit weit hinter den Erwartungen des BMWi. Das BMWi plante, das Förderprogramm extern evaluieren zu lassen.

22.2

Der Bundesrechnungshof hat beanstandet, dass kein Bedarf für das Förderprogramm besteht. Für die Gewährleistung der Rohstoffversorgung der deutschen Industrie stehen andere Förderinstrumente zur Verfügung. Darüber hinaus hat er kritisiert, dass bei drei geförderten Unternehmen die Fördervoraussetzungen nicht vorlagen.

Der Bundesrechnungshof hat ferner deutlich gemacht, dass bei einem mit Erfolg geförderten Projekt nicht sicher gestellt werden könne, dass die Rohstoffe der deutschen (oder der europäischen) Industrie dauerhaft zur Verfügung stehen würden. So hindere die Förderrichtlinie die Unternehmen nicht, die Ergebnisse anderweitig zu nutzen. Für einen solchen Fall sei lediglich vorgesehen, dass die Unternehmen die Fördermittel zurückzahlen müssen. Diese Rückzahlung könne gegenüber wirtschaftlichen Vorteilen einer anderweitigen Nutzung unbedeutend sein.

Die geringe Zahl der Anträge und die bewilligten Projekte haben belegt, dass die Förderung die Explorationstätigkeit deutscher Unternehmen nicht nachhaltig belebt hat. Sie trug auch nicht dazu bei, die Versorgungslage der deutschen Industrie mit kritischen nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen nachhaltig zu gewährleisten. Die Ziele der Förderung wurden somit nicht erreicht.

Der Bundesrechnungshof hat gefordert, das Förderprogramm nicht weiterzuführen und auf die externe Evaluation zu verzichten.

22.3

Das BMWi folgt der Empfehlung des Bundesrechnungshofes. Es hat das Förderprogramm eingestellt. Es will zudem von einer externen Evaluation des Förderprogramms absehen, da deren Kosten in keinem Verhältnis zu eventuellen neuen Erkenntnissen stehen würden.